



Kinder kosten

Mit dem geplanten Gute-Kita-Gesetz setzt sich die Bundesregierung ehrgeizige Ziele: mehr Personal und bessere Ausbildungsbedingungen - bei gleichzeitiger Beitragsfreiheit für die Eltern. Diese Rechnung wird nicht so einfach aufgehen.

Bereits einen Monat nach ihrem Amtsantritt als Bundesfamilienministerin im März dieses Jahres hat Franziska Giffey (SPD) ihr erstes großes Projekt angekündigt: das Gute-Kita-Gesetz. Es soll zahlreiche Instrumente zur Qualitätsverbesserung von Kindertagesstätten enthalten und die Länder stärker unterstützen. 3,5 Milliarden Euro bis 2022 waren dafür ursprünglich im Koalitionsvertrag vorgesehen. Der Betrag ist mittlerweile auf 5,5 Milliarden Euro gestiegen. Mit einem voraussichtlichen Gesamtvolumen von 10,2 Milliarden Euro hat der Etat des Bundesfamilienministeriums einen historischen Höchststand erreicht.

Mit dem geplanten Gesetz strebt Giffey langfristig eine Beitragsfreiheit für Kita-plätze an. Außerdem sollen die Personalschlüssel in den Kitas verbessert und die Sprachförderung von Kindern unterstützt werden. Da für diese Vorhaben mehr Personal nötig ist, will der Bund zusätzlich eine Fachkräfteoffensive starten. Dass diese nötig ist, zeigen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit. Demnach waren 2017 bundesweit im Jahresdurchschnitt rund 11 000 unbesetzte Stellen für Fachkräfte in der Kindererziehung und -betreuung gemeldet. Damit sich mehr Menschen für das Berufsfeld interessieren, will Giffey die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen

verbessern. Dafür will die Ministerin beispielsweise das Schulgeld abschaffen und eine Ausbildungsvergütung einführen.

Streit um Betreuungszeiten

Die Wahl des Zeitpunkts der großangelegten Offensive kommt nicht von ungefähr. Die Not in der deutschen Kita-Landschaft ist in vielen Regionen in letzter Zeit gewachsen. Im Mai entschloss sich der Träger Fröbel zu einer ungewöhnlichen Maßnahme. Weil das Land Brandenburg lediglich die Personalkosten für eine Betreuungszeit von täglich 7,5 Stunden vergütet und Fröbel längere Betreuungszeiten selbst finanzieren muss, schlossen die Kitas des Unternehmens für einen

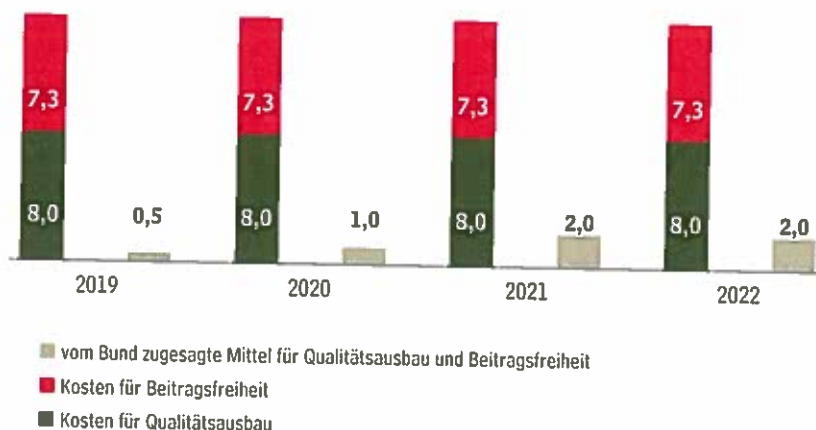
Tag früher als gewöhnlich. Weitere Träger schlossen sich dem Protest an. Vor dem Brandenburger Landtag demonstrierten Fröbel, AWO, DRK, Caritas, Diakonie sowie Eltern und Erzieher für mehr Geld für längere Betreuungszeiten. Die Bildungsministerin des Landes, Britta Ernst (SPD), lehnte die Finanzierung längerer Betreuungszeiten in Kitas ab und verwies darauf, dass nicht der Landtag, sondern die Kommunen für die Kinderbetreuung zuständig seien.

Ebenfalls im Mai schrieb die Leiterin einer Kita der AWO in Bergisch-Gladbach einen offenen Brief an den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen und die Fraktionsvorsitzenden der Parteien, in dem sie Verfehlungen der Politik beklagte. So seien Träger wegen der Tarifierhöhungen der letzten Jahre kaum mehr in der Lage, das Mindestpersonal in Kitas zu finanzieren. Einrichtungen würden in finanzielle Schieflagen geraten. Außerdem sei der Arbeitsmarkt für Erzieherinnen und Erzieher leer. Seit einem halben Jahr habe sie keine Bewerbungen erhalten, schrieb die Kita-Leiterin.

Das Gute-Kita-Gesetz soll Abhilfe schaffen. Wie die Regierung die ambitionierten Pläne zur Qualitätssteigerung in Kitas bei gleichzeitig angestrebter Gebührenfreiheit umsetzen will, ist noch unklar. Die Bertelsmann Stiftung veröffentlichte im Mai eine Studie, die zeigt, wie viel Beitragsfreiheit und Qualitätsausbau jährlich kosten würden: 15,3 Milliarden Euro. Das ist deutlich mehr als im Gute-Kita-Gesetz eingeplant (siehe Grafik). „Bei der Kita-Finanzierung klaffen Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander“, sagt Jörg Dräger, Vorstand der Bertelsmann Stiftung. Dem politischen Versprechen der Beitragsfreiheit fehle die finanzielle Substanz. Es sei Dräger zufolge zu befürchten, dass die Qualität auf der Strecke bleibe. Bundesfamilienministerin Giffey sagte in einem Interview mit der Wochenzeitung Die Zeit, die Bertelsmann Stiftung habe berechnet, was es kostet, wenn alle Kitas in ganz Deutschland gebührenfrei werden, zugleich die Qualität auf das höchste Level erhöht wird und der Bund alles bezahlt. Das gehe so natürlich nicht. Der Bund würde laut Giffey mit einer großen Summe mitfinanzieren, Kitas würden aber Sache der Länder und Kommunen bleiben. Viele Bundesländer preschen beim Thema Gebührenfreiheit schon jetzt vor und nehmen dafür viel Geld in die Hand. Berlin hat seit 1. August die Kita-Beiträge komplett

Zusätzliche Kosten für mehr Qualität und Beitragsfreiheit in Kitas

in Milliarden Euro



Quelle: Bertelsmann Stiftung / Wohlfahrt Intern

abgeschafft. In Niedersachsen und Hessen ist die Kinderbetreuung ebenfalls seit 1. August für Kinder ab drei Jahren beitragsfrei. In Brandenburg müssen Eltern zunächst für das letzte Kita-Jahr kein Geld mehr zahlen.

Nur arme Eltern entlasten

Bertelsmann-Vorstand Dräger plädiert dafür, zunächst einkommensschwache Familien von den Kita-Beiträgen zu befreien. Diese müssen laut der Studie der Stiftung nämlich einen fast doppelt so hohen Anteil ihres Einkommens aufbringen, trotz einer vielerorts gültigen Sozialstaffelung der Gebühren. Bundesweit würden Erzieherinnen fehlen und die Personalschlüssel in vielen Kitas nicht stimmen, mahnt der Stiftungsvorstand. Jetzt alle Eltern zu entlasten, würde den politischen Handlungsspielraum für den Qualitätsausbau unnötig verengen. Mehr als die Hälfte der in der Bertelsmann-Studie befragten Eltern ist sogar bereit, mehr für die Kita zu bezahlen, wenn dafür Ausstattung und Betreuungsschlüssel besser werden. Doch Erzieherinnen und Erzieher sind ein extrem knappes Gut. Dieses Problem lässt sich nicht mit höheren Beiträgen lösen.

Seit fünf Jahren steigt in Deutschland die Geburtenrate. Der Bedarf an Kita-Plätzen, den Einrichtungen jetzt schon nicht decken können, wird noch größer werden. Damit ausreichend ausgebildetes Personal eine für alle Familien bezahlbare Betreuung leisten kann, muss die Politik an vielen Schrauben drehen. Für Wohlfahrt Intern erläutern auf

den nächsten Seiten Experten, wie sie zum Thema Beitragsfreiheit stehen, wie die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern bestmöglich gestaltet sein sollte und wie ein idealer Personalschlüssel aussieht.

Sebastian Danz ▶



KOMPETENZ UND ERFAHRUNG
FÜR DIE SOZIALWIRTSCHAFT

SCHULZ CONSULTING

MANAGEMENTBERATUNG • ORGANISATIONSENTWICKLUNG

- Leitbild und Strategie
- Unternehmenskultur
- Unternehmenskonzepte
- Aufbauorganisation
- Coaching
- Open Space, World Café und Strategiekonferenzen
- Lösung von Konflikten mit Dynamic Facilitation

Hans J. Schulz • An den Brunnenröhren 24
35037 Marburg • Tel.: 0 64 21/ 68 61 41

www.schulz-consulting.org

UMSETZUNG

Die Qualität leidet nicht

Uns ist es wichtig, Eltern in Hessen zu entlasten. Deshalb ist in unserem Bundesland seit dem 1. August 2018 im Umfang von sechs Stunden täglich für Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt der Kindergarten beitragsfrei. Die Beitragsfreistellung für den Kindergarten wird gemeinsam mit den Kommunen erreicht. Dazu müssen die für die Kinderbetreuung zuständigen Kommunen einen Antrag auf Landesförderung stellen. Das Land stellt hierfür in den nächsten beiden Jahren 440 Millionen Euro zur Verfügung. Insgesamt investieren wir in den nächsten beiden Jahren über 1,5 Milliarden Euro in die Kinderbetreuung in Hessen, so viel Geld wie nie zuvor.

Um einen solchen Weg zu beschreiten, haben wir über eine hessenweite Analyse den Durchschnittswert, der in Hessen an Beiträgen für die Kinderbetreuung erhoben wird, ermitteln lassen. Dieser liegt für sechs Stunden bei 135,60 Euro pro Monat. Auf dieser Grundlage wird jede Kommune, die den Antrag stellt, mit einer Jahrespauschale in Höhe von 1627,20 Euro pro Kind im Kindergartenalter, das in der Gemeinde gemeldet ist, gefördert. Ab 2020 ist eine jährliche Anhebung der Förderung um zwei Prozent vorgesehen. Die Stadt Frankfurt kommt beispielsweise mit den Landesmitteln so gut aus, dass dort alle Kindergärten über den gesamten Tag hinweg kostenlos werden. Dies belegt, dass die Landesförderung auskömmlich ist.

Parallel investieren wir weiter in die Qualität. Hier unterstützen wir die zuständigen Träger von Kindertageseinrichtungen und Kommunen, indem wir die Qualitätspauschale sukzessive weiter erhöhen. Die Qualitätspauschale gewährt das Land für jedes Kind in Einrichtungen, die nach dem hessischen Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von null bis zehn Jahren arbeiten. Wir werden im Doppelhaushalt 2018/2019 rund 50 Millionen Euro zusätzliche Mittel und ab 2020 zusätzlich 50 Millionen Euro jährlich für den Bereich der Qualität in den Kitas zur Verfügung stellen. 2017 förderte Hessen über 97 Prozent der Kitas zusätzlich zur Grundpauschale auch mit der Qualitätspauschale. Das bedeutet: Eine Erhöhung dieser Pauschale wirkt sich in fast allen Einrichtungen aus. ■

Die Kommentatorin



Cornelia Lange ist Leiterin der Abteilung Familie im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration
 ▶ cornelia.lange@hsm.hessen.de

BEITRAGSFREIHEIT

Das richtige Ziel zum falschen Zeitpunkt

Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD stehen Familien und Kinder im Mittelpunkt. In einem Satz werden das Ziel der Qualitätssteigerung und die Perspektive der Beitragsfreiheit für die Kindertagesbetreuung genannt. Wir begrüßen grundsätzlich diesen Weg zur Beitragsfreiheit in der frühkindlichen Bildung. Der Besuch einer Kita darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Es ist ein richtiger Schritt, aber zum falschen Zeitpunkt.

In den kommenden Jahren werden die Ausgaben der Länder und Kommunen für die Kindertagesbetreuung in Deutschland weiter steigen. Der Ausbau von Plätzen und der Einsatz von noch mehr Fachkräften halten an. Zugleich wurde in einem länderübergreifenden Qualitätsdialog in der letzten Legislaturperiode festgestellt, dass viele Länder und Regionen die fachlichen Standards in der Kindertagesbetreuung bei Weitem nicht erreichen.

Die Anstrengungen der Bundesfamilienministerin, ein Kita-Qualitätsentwicklungsgesetz auf den Weg zu bringen und die finanzielle Unterstützung des Bundes an die Länder zu ermöglichen, zeigen, dass die vollständige Beitragsfreiheit die bereitgestellten Finanzmittel überfordert. Die von der Bertelsmann Stiftung veröffentlichte Studie bestätigt den problematischen Spagat zwischen Beitragsfreiheit und Qualitätsanspruch in der frühkindlichen Bildung. Die Lasten der Kita-Beiträge sind ungerecht verteilt. Hier wäre in einem ersten Schritt seitens des Bundes dafür zu sorgen, dass die Länder und Kommunen, wo noch nicht geschehen, soziale Staffelungen bei den Beiträgen einführen.

Die Sicherung und Verbesserung der Qualitätsstandards in der frühkindlichen Bildung hängen unmittelbar davon ab, ob die Träger qualifizierte, motivierte Fachkräfte einstellen und halten können. Wir Träger sorgen uns um die Qualität in den Kindertageseinrichtungen, wenn wir es nicht schaffen, qualifizierte, motivierte Fachkräfte in ausreichender Zahl zu finden und zu halten. Neben verbesserten Arbeitsbedingungen geht es auch darum, Quereinstiege und eine vergütete Ausbildung zu fördern. Dafür benötigen Länder, Kommunen und Träger die volle Unterstützung des Bundes. ■

Der Kommentator



Carsten Schlepper ist Vorsitzender der Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder
 ▶ vorstand@beta-diakonie.de

AUSBILDUNG

Durchlässiger und flexibler werden

Erzieherin ist ein interessanter und anspruchsvoller Beruf mit vielfältigen Aufgaben und Einsatzmöglichkeiten in den verschiedenen Feldern der Kinder- und Jugendhilfe, Schulen und der Eingliederungshilfe. Wir brauchen sie. Heute und auch in Zukunft ist ein enormer Bedarf an Fachkräften zu erwarten, die bilden, erziehen, betreuen und begleiten. Umso wichtiger ist es, die Bemühungen um die Gewinnung von Nachwuchs und dessen Ausbildung zu verstärken.

Neben einem positiven, realistischen Berufsbild geht es um die gesellschaftliche Wertschätzung der Arbeit und eine angemessene Bezahlung, die sich an Qualifikation, Funktion und Erfahrung orientiert. Gute Arbeitsbedingungen und Möglichkeiten der Mitgestaltung und Beteiligung sind Voraussetzungen, damit sich mehr Menschen, egal welchen Alters oder in welcher Lebensphase, für diesen Beruf entscheiden.

Vor allem geht es darum, breite und vielfältige Zugänge zu schaffen und das bisher starre System der Ausbildung aufzubrechen. Die Frage ist, wie und unter welchen Bedingungen es gelingt, Menschen Brücken zu bauen und ihnen Wege zu eröffnen, unabhängig vom Grad der Schulbildung einen akademischen Abschluss zu erlangen. Modularisierung und Flexibilisierung der Ausbildung sind hier die zentralen Strategien. Lebenslanges und berufsbegleitendes Lernen sind zu fördern und wertzuschätzen, indem erworbene Kompetenzen durch Fort- und Weiterbildung aber auch Berufserfahrung anerkannt und bei der Erlangung eines jeweils höheren Abschlusses angerechnet werden können.

Zu guter Ausbildung gehört eine regelmäßige Anpassung der Curricula der Fachschulen an die aktuellen Erfordernisse, mit denen Erzieherinnen und Erzieher konfrontiert sind. Der Unterricht muss auf der fachlichen Höhe der Zeit sein und auf einen gelingenden Einstieg in das Berufsleben vorbereiten.

Daneben sind Modelle einer vergüteten Ausbildung zu bedenken. Gute Ausbildung muss gefördert und Menschen die Sicherheit gegeben werden, auch in späteren Lebensphasen einen Berufsabschluss erwerben zu können. ■

Die Kommentatorin



Dorothee Thielen ist Kita-Referentin beim Paritätischen Berlin
► thielen@paritaet-berlin.de

PERSONALSCHLÜSSEL

Im Bund Standards setzen

Der Personalschlüssel gilt als ein Element des sogenannten eisernen Dreiecks der Strukturqualität. Dieses stellt ein spezifisches Bündel von Voraussetzungen pädagogischer Arbeit dar, welches signifikante und stabile Effekte auf die Qualität der pädagogischen Prozesse ausübt: Je günstiger der Personalschlüssel, je kleiner die Gruppen und je höher die einschlägige formale Qualifikation der Beschäftigten, desto positiver fallen pädagogische Interaktionen, bildungsanregende Impulse und Aktivitäten aus.

Als Personalschlüssel bezeichnet man das zahlenmäßige Verhältnis des pädagogischen Personals und zu betreuenden Kindern, jeweils umgerechnet auf Vollzeitäquivalente. Diese Betrachtung berücksichtigt weder Urlaubsansprüche, Krankheitsausfälle noch die Inanspruchnahme von externen Fortbildungen. Wissenschaftlichen Analysen zufolge reduziert sich die Anwesenheit pädagogischer Fachkräfte am Arbeitsplatz durch diese Ausfallzeiten um mindestens 15 Prozent des vertraglich festgelegten Arbeitszeitvolumens. Für mittelbare pädagogische Arbeitsaufgaben ohne direkten Kontakt zu den Kindern, wie beispielsweise die Anfertigung von Bildungsdokumentationen, die Teilnahme an Team-sitzungen oder Elterngespräche sind außerdem mindestens 16,5 Prozent zu veranschlagen. Erst die dann verbleibenden Zeitanteile stellen eine realistische Größe zur Bestimmung der tatsächlichen Fachkraft-Kind-Relation im Gruppengeschehen dar.

Aktuelle Empfehlungen auf Basis wissenschaftlicher Studien und theoretischer Befunde zu förderlichen Bedingungen frühkindlicher Bildungsprozesse zielen auf eine Fachkraft-Kind-Relation von 1:2 für Kinder im ersten Lebensjahr, 1:4 für Kleinkinder vom 13. Lebensmonat bis Vollendung des dritten Lebensjahres und 1:9 für Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt. In Deutschland werden diese Relationen nur punktuell erreicht. Anstrengungen, bundesweit einheitliche Standards der Personalbemessung auf hohem Niveau einzuführen, sind daher aus fachlicher Perspektive sinnvoll und begrüßenswert. ■

Die Kommentatorin



Prof. Dr. Susanne Viernickel ist Professorin für Pädagogik der frühen Kindheit an der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig
► susanne.viernickel@uni-leipzig.de